

# der \* bund

sozialdemokratischer juden - avoda

Bürgermeister Michael Ludwig im bund-Interview, S. 1,3 / Israel: Nationalstaatsgesetz mit knapper Mehrheit verabschiedet, S. 4 / Filmdoku „Back to the Fatherland“ S. 7 / Maccabi 2018/19 – Grüßt jährlich das Murmeltier?, S. 9

## Bürgermeister Michael Ludwig im bund-Interview

# „Ich habe ein enges Verhältnis zur Israelitischen Kultusgemeinde entwickelt“



Wiens Bürgermeister Michael Ludwig  
Foto: Markus Sibrawa

**bund:** Herr Dr. Ludwig, Gratulation zum Wiener Bürgermeister! Ihr Vorgänger hat einst das Amt des Wiener Bürgermeisters in einem **bund**-Interview als „tollsten Job, den man in diesem Land haben kann“ bezeichnet. Können Sie Michael Häupl's Erkenntnis bereits heute, nach etwas mehr als 100 Tagen als Stadtoberhaupt, teilen?

**Michael Ludwig:** Ja, das kann ich.

**bund:** Apropos Michael Häupl: Als er Helmut Zilk nachfolgte, fragten sich viele Wiener Juden, ob er dessen Politik der Renaissance jüdischen Lebens ähnlich konsequent fortführen würde. Häupl hat dann die Zweifler eines Besseren belehrt, womit wir auch schon „mittendrin“ sind: Herr Bürgermeister, natürlich interessiert eine überwiegend jüdische Leserschaft vor allem,

wie Michael Ludwig sein persönliches Verhältnis und jenes der Stadt und ihrer Verantwortlichen zum österreichischen Judentum definiert.  
**ML:** Österreich und Wien können an der barbarischen Einzigartigkeit der Shoa nicht vorbei. Gerade Wien hat durch das Grauen des Nationalsozialismus tausende Bewohnerinnen und Bewohner – darunter viele ihrer Besten aus Kultur, Wissenschaft und Forschung – verloren. Dieser Aderlass konnte über viele Jahrzehnte nicht aufgeholt werden. Auch deshalb, weil es lange Zeit hindurch verabsäumt wurde, die vertriebenen Menschen mit Respekt zur Rückkehr einzuladen. Wir haben von der Generation der Zeitzeugen die Verpflichtung übernommen, die Lehren aus dem Horror des Nationalsozialismus des 20. Jahrhunderts an die folgenden Generationen weiterzugeben. Dem haben sich meine sozialdemokratischen Vorgänger im Amt des Wiener Bürgermeisters verpflichtet. Und dem bin selbstverständlich auch ich verpflichtet. Da ich den Aufbau des Jüdischen Instituts für Erwachsenenbildung als

**Fortsetzung auf Seite 3**

## Liebe Leserin, geschätzter Leser!

Wenn das Schofar tönt, ist die Zeit gekommen, Bilanz zu legen für ein ganzes Lebensjahr. Konten sind auszugleichen, Rechnungen zu zahlen, Schulden zu tilgen. Kleine und große. Banale, aber auch besondere. Solche des privaten Alltags und solche der großen Politik.

Tief ins moralische und vor allem rechtsstaatlich-demokratische Minus dürfte die Regierung Netanyahu in diesem Juli gerutscht sein. Da verabschiedete die Knesset nämlich mit knapper



editorial

Regierungsmehrheit das sogenannte Nationalstaatsgesetz. Heftiger Protest in Israel und harsche Kritik weltweit (ganz und gar nicht nur von den „üblichen Verdächtigen“ – siehe Blattinneres!) waren die Folge. Es steht zu fürchten, dass mit diesem Gesetz dem ohnehin beschädigten Bild Israels weitere empfindliche Kratzer zugefügt werden. Lesen Sie mehr dazu ab Seite 4.

Seit rund 100 Tagen ist Michael Ludwig Wiener Bürgermeister. Nicht nur aus jüdischer Sicht sind dabei die Fußstapfen seiner beiden Amtsvorgänger groß – so, wie

**Fortsetzung auf Seite 2**

Der Bund wünscht allen Leserinnen & Lesern Schana Towa!



**Fortsetzung des Editorial von Seite 1**

Ludwigs Zuversicht. Das erste **bund-**Interview mit dem neuen Stadtchef lesen Sie auf Seite 1.

Eine neue Filmdokumentation nähert sich dem Thema Schoa auf ungewöhnliche Weise: Die jungen Regisseurinnen Kat Rohrer und Gil Levanon präsentieren in „Back to the Fatherland“ unter anderem junge Israelis, allesamt Nachfahren von Holocaustüberlebenden,

die in Österreich und Deutschland mit durchaus gemischten Gefühlen eine neue (und alte?) Heimat finden oder gefunden haben. Seite 7.

Und die sportliche Bilanz, die last but not least der SC Maccabi für die letzte Saison aufweist, ist so übel nicht. Nach holprigem Start im Sommer/Herbst 2017 legten die Kicker in der Rückrunde dann gleich mehrere Zähne zu und hätten beinahe noch um den

Aufstieg mitgemischt. Wie es für die Maccabi heuer laufen könnte, lesen Sie auf Seite 9.

Mir bleibt, liebe Leserin, geschätzter Leser, Ihnen an dieser Stelle gute Unterhaltung mit dieser Ausgabe des bund zu wünschen und natürlich: ein gutes und süßes neues Jahr!

Rosch Haschana umetuka  
Robert Sperling

*Ruth und José*  
**CONTRERAS**  
wünschen allen  
Freunden und Bekannten  
**SCHANA TOWA**

*Wir wünschen allen*  
*unseren Verwandten, Freunden*  
*und Bekannten ein*  
*gesundes und*  
*glückliches Neues Jahr*  
**SCHANA TOWA**  
*Iris und Lea* **SCHÄCHTER**

*Prof. Felix* **LEE**  
*und Familie*  
wünschen allen  
Freunden und Bekannten  
**SCHANA TOWA**

*Andrea und Asher*  
**MARHALI**  
Allen unseren Verwandten,  
Freunden und Bekannten  
wünschen wir ein glückliches  
und gesundes Neues Jahr  
**SCHANA TOWA**

*Daphne*  
**ROTH**  
wünscht allen Freunden  
und Bekannten  
**SCHANA TOWA**

*Fritzi und Albert*  
**STERN**  
wünschen den Chawerim  
und allen Bekannten  
eingutes und gesundes  
Neues Jahr  
**SCHANA TOWA**

Adalbert-Stifter-Straße 18  
A-1200 Wien

T 43 1 33106 500  
F 43 1 33106 333

E bildung@jbbz.at  
H www.jbbz.at

DVR: 0985911  
ISO-Zertifiziert nach 9001:2008 · Nr. 1814/0

★ 20 JAHRE <sup>ת"ס</sup>  
**JBBZ**  
Jüdisches Berufliches Bildungszentrum



**Der Vorstand und die MitarbeiterInnen des JBBZ  
wünschen Ihnen allen Shana tova u'mevorachat!**

### Fortsetzung von Seite 1

Vorsitzender der Wiener Volkshochschulen begleiten durfte, habe ich ein enges Verhältnis zur Israelitischen Kultusgemeinde entwickelt.

**bund:** Bis in die Nullerjahre dieses Jahrtausends galten Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit im demokratischen Europa nach der Schoa als politische „no go area“. Das hat sich – nicht erst seit die Meta-Themen Migration und Asyl die Politik unseres Kontinents dominieren – mit dem Erstarken rechtspopulistischer und nationalistischer Parteien radikal geändert. Le Pen in Frankreich, Orban in Ungarn, die AfD - und in ihrem bräunlichen Kielwasser Seehofer und Söder - in Deutschland, zuletzt die Lega Nord in Italien. Österreich ist mit einer Regierungsbeteiligung der FPÖ ruhmlöser Vorreiter gewesen. Was soll, was muss man, zumal als Sozialdemokrat, tun?

**ML:** Gerade in Zeiten, in denen Verunsicherung herrscht, versuchen Demagogen die Menschen gegeneinander aufzuhetzen und das in ganz Europa. Die EU steht derzeit auf dem Prüfstand und eben solche Demagogen versuchen, die europäische Idee des Friedens an sich in Frage zu stellen und so wie in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts, Ressentiments gegenüber Mitbürgern zu schüren. Dem treten wir entschieden entgegen. Denn es ist unbestritten, dass nur Frieden, wirtschaftliche Prosperität und soziale Balance Garant für wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand in Europa sind. Dafür müssen wir eintreten. Die Menschen müssen spüren, was die Europäische Union ihnen für die Verbesserung ihres Lebens bringt. Und dass es das Miteinander, nicht das Gegen-einander braucht.

**bund:** Die FPÖ schafft es nicht - oder will es nicht schaffen (?) -, sich glaubwürdig aus dem braunen Sumpf zu befreien: Allein seit ihrem Regierungseintritt sind an die 40 antisemitische Vorfälle/Ausfälle dokumentiert, in die FPÖ-Funktionäre verwickelt sind. Während Michael Häupl und auch der SPÖ-Vorsitzende Christian Kern eine Koalition mit den Blauen immer abgeschlossen haben, haben etliche Beobachter und Kommentatoren vor Ihrer Wahl zum Wiener Bürgermeister die Gleichung aufgestellt: Michael Ludwig = SPÖ + Flächenbezirk = SPÖ + FPÖ. Ihr Kommentar dazu?

**ML:** Ich bitte um Verständnis, dass ich nicht jeden unhaltbaren Vorwurf detailliert kommentiere. Allein meine Vita und meine ganze politische Tätigkeit zeigen, wofür ich stehe. Ich bin Sozialdemokrat und als langjähriges Mitglied des Bundes

sozialdemokratischer Freiheitskämpfer bin ich Antifaschist. Klar ist, dass wir in einer Demokratie leben und mit allen demokratisch gewählten Parteien den Dialog führen müssen. Ich halte nichts von totaler Gesprächsverweigerung und ich halte nichts von Verhetzung. Aber ich halte viel von Solidarität, Mitmenschlichkeit und dem Kampf gegen jede Art von Populismus und Demagogie.

**bund:** Europa ist derzeit mit einer Welle der Gewalt gegen Juden konfrontiert, die auch nicht Halt vor Österreich macht. Nicht nur stramme Burschen und rechte Recken, immer öfters auch islamistische Fundamentalisten schaffen hierzulande ein Klima des Hasses und der Verachtung



Foto: Markus Sibrawa

(zum Beispiel mit „Wach auf, Hitler“- und „Tötet die Juden“-Plakaten) das, wie zuletzt im Tabornviertel, zu physischer Gewaltausübung führt. Müssen die Wiener Juden demnächst wieder die Koffer packen?

**ML:** Nein, natürlich nicht. Wien hat sich nach 1945 in mehreren Phasen der europäischen Geschichte als eine Stadt der Zuflucht bewähren können. Das Selbstverständnis dieser Stadt als „Stadt des Miteinander“ dokumentiert sich etwa in vielen Projekten, die Wien verwirklicht oder plant. Und solange es einen sozialdemokratischen Bürgermeister in dieser Stadt gibt, wird dieses Miteinander immer Bestand haben.

Ich verurteile Antisemitismus – unabhängig davon ob er rechtsextremen oder islamistischen Hintergrund hat.

**bund:** Themenwechsel. Wir erleben in den „Demokratien westlicher Prägung“ gerade einen Rückbau gesichert geglaubter gesellschaftlicher und sozialer Errungenschaften. Die Gleichgültigkeit gegenüber diesen in den letzten 100 Jahren hart erkämpften Werten ist erschreckend. Ein Bedeutungsverlust der Volksparteien geht damit einher- oder ist er gar Ursache dieser Entwicklung, von der die Sozialdemokratie besonders betroffen scheint?

**ML:** Die Demokratie ist ein kostbares Gut, das gehegt und gepflegt werden muss. Nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa. Deshalb ist es ja so wichtig, dass wir die EU nicht nur als wirtschaftliche Union leben, sondern als soziale Union, die den Menschen verpflichtet ist. Die sich um die Menschen kümmert und Lösungen für die alltäglichen Sorgen und Nöte der Menschen anbietet. Österreich hat gerade die Präsidentschaft inne. Ich sehe derzeit von Seiten der schwarz-blauen Bundesregierung wenig, dass sie die Sorgen und Nöte der Menschen ernst nehmen.

**bund:** Herr Bürgermeister, 100 Jahre nach dem „Roten Wien“, der möglicher Weise bemerkenswertesten Zeit der euro-

päischen Sozialdemokratie: Wo und wofür wird Wien in „unseren“ Zwanzigerjahren stehen?

**ML:** Wien ist und wird immer eine Stadt sein, in der niemand zurückgelassen wird, in der wir aufeinander schauen und dafür Sorge tragen, dass alle, die hier leben, die gleichen Chancen haben, ihr Leben in Glück und Zufriedenheit zu führen. Wien wird eine Stadt sein, die in punkto Innovation und Digitalisierung ganz vorne dabei ist.

**bund:** Herr Dr. Ludwig, traditionell ist die letzte Frage eines bund-Interviews immer eine „Fußball-Frage“: Michael Häupl und Christian Kern sind eingefleischte Austrianer. Aber natürlich darf es auch der FAC sein - Zeit für einen Aufstieg aus der Ersten Liga?

**ML:** Das Wichtigste ist, dass die Mannschaft mit Leidenschaft und Herz spielt und so die Besucherinnen und Besucher begeistert. Wenn das den Aufstieg mit sich bringt, soll mir das natürlich recht sein.

**bund:** Herr Bürgermeister, wir danken für das Interview.

Das Gespräch führte Robert Sperling

*Nach heftigen Protesten in Israel und ebenso heftiger Kritik aus dem Ausland verabschiedete die Knesset im Juli mit knapper Regierungsmehrheit das Nationalstaatsgesetz. In der Diskussion darüber gehen seither die Wogen hoch. Die Gegner des Gesetzes konstatieren einen Generalangriff auf den Rechtsstaat und warnen vor nachhaltigem Imageverlust für die einzige echte Demokratie des Nahen Ostens. Premier Netanyahu spiele, so der Tenor der Kritiker, nicht zum ersten Mal die nationalistische Karte, um mit ressentimentgeladenem Populismus den rechten Rand seiner Regierungskoalition zu bedienen. Lesen Sie hier einen von Peter Munk recherchierten Fakten-Check zum Nationalstaatsgesetz, der ein wenig Licht ins verwirrende Dunkel dieser äußerst emotional geführten Debatte bringen soll.*

*Die Redaktion*

In der Nacht zum 19. Juli 2018 verabschiedete das israelische Parlament nach stürmischer Sitzung mit 62 zu 55 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen das so genannte Nationalstaatsgesetz in Form eines Grundgesetzes.

Das Gesetz hält fest, dass Israel die historische Heimat des jüdischen Volkes ist, und der Staat Israel als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes fungiert - in welcher es sein natürliches, kulturelles, religiöses und historisches Recht auf Selbstbestimmung verwirklicht. Das Recht zur Ausübung der nationalen

# Wird die politische Luft dünner ...?

## Das Nationalstaatsgesetz spaltet nicht nur die israelische Gesellschaft

Selbstbestimmung im Staat Israel steht alleine dem jüdischen Volk zu.

In weiterer Folge sind im Gesetz die staatlichen Symbole verankert – Name, Staatsflagge, Staatseblem, Nationalhymne. Hauptstadt ist das vereinte Jerusalem, Amtssprache ist Hebräisch. Arabisch, bisher zweite Amtssprache, genießt fortan einen „Sonderstatus“. Die Verwendung der arabischen Sprache in staatlichen Institutionen (oder durch diese) soll gesondert gesetzlich geregelt werden.

Premierminister Netanyahu feierte das Gesetz, wenig verwunderlich, als „Meilenstein in der zionistischen Geschichte“. Israels neue Oppositionsführerin Zippi Livni empörte dagegen, „dass in diesem Gesetz jeglicher Hinweis auf die volle Gleichberechtigung aller Bürgerinnen

und Bürger, unabhängig von Religion, Rasse oder Geschlecht fehlt“. Sie stellte klar, dass die Opposition (Zionistische Union) anstelle dieses Nationalstaatsgesetzes die Unabhängigkeitserklärung von 1948 zum Grundgesetz erheben werde, sollte sie bei den kommenden Wahlen eine entsprechende Mehrheit erringen.

Die Unabhängigkeitserklärung von 1948 ist mit dem Titel „Gründungserklärung des Staates Israel“ überschrieben. Im Text selbst heißt es dann: „Das Land Israel war die Geburtsstätte des jüdischen Volkes. Hier schuf es seine geistige, religiöse und politische Identität. Hier erlangte es erstmals seine Eigenstaatlichkeit, schuf kulturelle Werte von nationaler und darüber hinaus gehender Bedeutung.“

Nach der gewaltsamen Vertreibung bewahrte das jüdische Volk dem Land seine Treue und hörte nie auf, auf die Rückkehr und auf die Wiedererlangung der politischen Freiheit zu hoffen und dafür zu beten.“

Entscheidend für die aktuelle Auseinandersetzung um das Nationalstaatsgesetz ist der Verweis in der Unabhängigkeitserklärung auf den historischen Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 29. November 1947 sowie das Bekenntnis zu den Grundrechten: „Die Anerkennung des Rechtes des jüdischen Volkes durch die Vereinten Nationen, seinen eigenen Staat zu errichten, ist unwiderrüflich. Dieses Recht ist das natürliche Recht des jüdischen Volkes, Herr seines eigenen Schicksals zu sein. Dementsprechend erklären wir, die Repräsentanten der jüdischen Gemeinschaft in Eretz Israel und der Zionistischen Bewegung, die Errichtung eines jüdischen Staates in Eretz Israel, bekannt als Staat Israel. Der Staat Israel wird offen sein für die jüdische Einwanderung ... er wird die Entwicklung des Landes zum

### WJC-Präsident: „Nationalstaatsgesetz verstößt gegen zionistisches Ethos“

Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Ronald Lauder, sorgt für Aufsehen. In einem harschen Kommentar zum neuen Nationalstaatsgesetz in der New York Times begrüßt Lauder zwar die nun grundgesetzlich festgeschriebene Identität Israels als jüdischer Staat. Jedoch, so der WJC-Präsident, verletze das Gesetz „den Geist der Gleichberechtigung von drusischen, christlichen und muslimischen Mitbürgern“.

Lauder, bisher als Kritiker der Regierung Netanyahu nicht sonderlich aufgefallen, warnt vor den negativen internationalen Implikationen: „Das Nationalstaatsgesetz verstößt gegen die Grundlagen des Staates Israel und gegen das zionistische Ethos“.

Deutliche Worte findet der WJC-Präsident auch für die wachsende Entfremdung zwischen – nicht nur US-amerikanischen – Juden und der Politik der rechtsnationalen israelischen Regierungen der letzten Jahre. Er Sorge sich nun, so Lauder weiter, „um das Verhältnis zwischen den Juden in der Diaspora und Israel“.

Peter Munk, RS

Wohle aller Einwohner fördern ... er wird auf den Grundlagen von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden basieren ... er wird die volle soziale und politische Gleichberechtigung aller seiner Einwohner unabhängig von Religion, Rasse oder Geschlecht sichern ... er wird die Religions- und Gewissensfreiheit sowie die Freiheit von Sprache, Erziehung und Kultur garantieren ... er wird die heiligen Stätten aller Religionen bewahren ...“.

Diesen Auszug aus der Unabhängigkeitserklärung zitieren wir zum besseren Verständnis der Erklärung Zipi Livnis, enthält doch die Unabhängigkeitserklärung sowohl die feierliche Proklamation des Staates Israel als Heimstätte des jüdischen Volkes, als auch das Recht aller Bürger Israels auf Gleichbehandlung. Die Oppositionsführerin machte klar, dass es keine Einwände gegen einen Text gebe, der Israel zur nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes erkläre. Allerdings sei es unumgänglich, dass ein solches Gesetz gleichzeitig den Geist der modernen und demokratischen Grundsätze reflektiert, auf welchen der jüdische Staat aufbaue. Ergo sei es notwendig, auch Israels Verpflichtung zur Gleichbehandlung all seiner Einwohner festzuhalten. Wäre der Begriff „Gleich-

berechtigung“ enthalten, hätte wohl auch die Opposition inklusive vieler arabischer Abgeordneter für dieses Gesetz gestimmt. Der Premierminister, so Livni, müsse sich daher auch die Frage gefallen lassen, was er denn eigentlich gegen die Unabhängigkeitserklärung habe?

Parlamentsmitglieder der Regierungskoalition beeilten sich, Livni Naivität zu unterstellen. Netanyahu wolle keine Unterstützung der Opposition. Im Gegenteil, seine Botschaft an die israelische Öffentlichkeit laute vielmehr: „Ich und meine Partner in der Regierungskoalition sind die wahren und verlässlichen Verteidiger eines jüdischen Israel“. Ein innenpolitischer Schachzug also - schließlich erwartet man vorgezogene Neuwahlen!

Das Gesetz hat bei politischen Akteuren in und außerhalb Israels teils heftige Reaktionen hervorgerufen. Reuven Rivlin, Staatspräsident Israels und Parteifreund von Benjamin Netanyahu, drängte polternd auf Entschärfung einzelner, ursprünglich noch drastischer formulierter Passagen. Zuletzt erklärte das Staatsoberhaupt, das Gesetz auf Arabisch unterfertigen zu wollen. Das ist wohl als Protest gegen die Herabstufung der Arabischen Sprache zu sehen, wie auch

– ganz allgemein – als Geste Rivlins den arabischen Bürgern Israels gegenüber.

Bis Redaktionsschluss dieser bund-Ausgabe wurden beim Obersten Gerichtshof Israels vier Klagen gegen das Nationalstaatsgesetz eingereicht, unter anderem von der Linkspartei Meretz. Alle Klagen begehren die Aufhebung des Nationalstaatsgesetzes wegen der Ungleichbehandlung und Diskriminierung von israelischen Staatsbürgern. Die Justizministerin der Rechts-Koalition, Ayelet Shaked, warnte in diesem Zusammenhang vor einem „Erdbeben“, sollte der Oberste Gerichtshof das Gesetz kippen. Ihr Statement rief umgehend die ehemalige Justizministerin Livni auf den Plan: „Eine Justizministerin, die glaubt, Demokratie sei ausschließlich Mehrheitsrecht, die also meint, die Mehrheit könne stets tun, was ihr beliebt, und die auch damit droht, eine Intervention des Obersten Gerichtshofes als Kriegserklärung an die Regierung zu betrachten, beschädigt nachhaltig das demokratische System“.

Auch die israelischen Araber kontern die Verabschiedung des Nationalstaatsgesetzes durch die Knesset mit einer Klage beim Obersten Gerichtshof: „Ein Staat, der sich in erster Linie um die Rechte

**Fortsetzung auf Seite 6**

# Ein gutes und süßes Jahr!

Wünscht Ihnen Ihr Bürgermeister  
Dr. Michael Ludwig




**Fortsetzung von Seite 5**

der jüdischen und zweitrangig um jene der 1,7 Millionen arabischen Bürger kümmert, ist eine Rassengesellschaft“, so die Vertreter der israelischen Araber, „am eindeutigsten zeigt sich dies in der Abwertung des Arabischen von einer offiziellen Amtssprache zu einer Sprache mit „speziellem Status“ (der arabische Bevölkerungsanteil in Israel beträgt 20 %, Anm. d. Red.).

Während die israelische Rechte das Gesetz feiert, hagelt es seitens der Linken, der Mitte und der Minderheiten also Proteste. Ganz speziell ist die Situation übrigens für die Drusen. Sie bilden mit rund 150.000 Personen zwar nur 1,6 Prozent der Bevölkerung (und damit eine kleine Minderheit). Drusen sprechen Arabisch, doch unterscheidet sie ihr Glaube von den Muslimen. Und von größter Bedeutung: Drusen werden zum Militärdienst in Israel einberufen und sind vor allem in Eliteeinheiten der Armee überproportional vertreten. Drusische Vertreter haben zu einer großen Protestkundgebung am Rabin-Platz in Tel Aviv aufgerufen, an der sich Zehntausende, darunter nicht wenige jüdische Israelis, beteiligten. „Niemand könne den Drusen etwas über Loyalität erzählen“, so Sheikh Tarif, ihr geistliches Oberhaupt. Die Soldatenfriedhöfe würden darüber Zeugnis ablegen. „Trotz unserer völligen Loyalität betrachtet uns der Staat nicht als Gleichgestellte“. Und Tarif weiter: „So, wie wir für die Existenz und Sicherheit des Staates kämpfen, sind wir entschlossen, für das Recht zu kämpfen, in Gleichheit und Würde zu leben“.

Den Widerstand der Drusen kann Netanyahu nicht so leicht ignorieren. Ein Versuch, die Wogen zu glätten, endete zunächst mit einem Eklat. Netanyahu traf sich mit Vertretern der Drusen, unter ihnen Brigadegeneral Amal Asad. Der General hatte auf seiner Facebook-Seite geschrieben, das Nationalstaatsgesetz verwandle Israel in einen Apartheidstaat. Netanyahu verließ die Sitzung, nachdem sich Asad geweigert hatte, die Formulierung zurückzunehmen. „Wir sind

hier geboren, wir lieben dieses Land, wir haben es verteidigt und wir werden hier weiter als gleichberechtigte Brüder zusammenleben“, so der General.

Nun soll ein Kabinettsausschuss den Konflikt mit den Drusen lösen. Der Ausschuss werde die enge Verbindung und Israels Verpflichtung gegenüber den Drusen stärken, sagte Netanyahu. Zudem werde die Regierung „allen Religionen und Gemeinschaften Respekt zollen, die in den Sicherheitskräften dienen“.

Neben der Stimmung im Land selbst ist auch die Berichterstattung seriöser ausländischer Medien interessant. Ein Kommentar in der Neuen Zürcher Zeitung sei auszugsweise herausgegriffen: „... die Besetzungs- und Siedlungspolitik wird weitergehen, wodurch der israelische Staat über ganz verschiedene Kategorien von Bürgern ... herrscht: Für die einen Demokratie, für die anderen Okkupation. Es besteht indes die Gefahr, dass israelische Regierungen versucht sein werden, demokratische Rechte wie die Meinungsfreiheit oder die Unabhängigkeit der Justiz zu beschneiden, um die Besetzungspolitik auf Dauer zu rechtfertigen. Nicht zufällig ist von solchen Werten im Nationalstaatsgesetz keine Rede“.

Es ist dies durchaus keine antiisraelische oder gar antisemitische Meinung. Sie zeigt uns nur, wie sehr Israel seinen Status als einzige Demokratie in der Region aufs Spiel setzt. Und so stellt sich die Frage, was die Regierung Netanyahu wohl bewogen haben mag, dieses Gesetz im Alleingang und mit so knapper Mehrheit zu beschließen.

Gesellschaftliche Werte, die wir in unseren liberal geprägten westlichen Demokratien bislang für selbstverständlich hielten, sind neuerdings in Gefahr. In einigen EU-Staaten gab es zuletzt Verfassungsänderungen, die allesamt auf die Beschneidung oder sogar Abschaffung dieser Werte zielen. Die populistischen, rechtsnationalen Angriffe auf die Demokratie in Polen und Ungarn sind triste Beispiele dafür. Vielleicht ist es ja auch kein Zufall, dass der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban in Israel

...aber vielleicht tut gerade das Nationalstaatsgesetz uns einen großen Gefallen, indem es mit Illusionen und Selbstbetrug endgültig aufräumt und allen, Linken wie Rechten, unmissverständlich klarmacht, wie weit es mit uns gekommen ist, wie tief Israel gesunken ist. Vielleicht rüttelt es endlich all jene unter uns wach, Linke wie Rechte, die um den Staat Israel bangen, um seinen Geist, seine Menschlichkeit, seine jüdischen, demokratischen und humanen Werte. Dass es im gesamten politischen Spektrum bei uns viele solcher Menschen gibt, daran zweifle ich nicht ...

David Grossman

*zitiert aus einem Artikel in der „Zeit“,  
erschienen im August 2018*

David Grossman, 65, ist israelischer Schriftsteller und Friedensaktivist. Das Theaterstück nach seinem Buch „Kommt ein Pferd in die Bar“ lief bei den heurigen Salzburger Festspielen und ist derzeit im Wiener Akademietheater zu sehen.

gerade erst mit großen Ehren empfangen wurde. Möglicherweise haben sich die Herren Netanyahu und Orban über den ihnen gemeinen unbedingten Willen zur Macht und ihre Gleichgültigkeit (mindestens!) gegenüber demokratischen Prozessen und Institutionen ausgetauscht. Wir wissen es nicht. Jedenfalls ist das Nationalstaatsgesetz Beleg für die populistische Symbolpolitik Netanyahus, mit der er seine Verbündeten vom rechten Rand – unsichere Kantonisten allesamt – bei der Stange halten will.

Indes sind die Kollateralschäden enorm: Während im Inneren Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt zusehends implodieren, trägt man draußen die Zwei-Staaten-Lösung zu Grabe ...

Peter Munk, RS

**Elisabeth  
WESSELY**

*wünscht  
allen Bekannten  
und Freunden  
ein glückliches Neues Jahr  
SCHANA TOWA*

**Ivan und Sonja  
ROTH**

*wünschen allen  
Freunden, Verwandten und  
Bekanntem  
SCHANA TOWA  
und ein gesundes Neues Jahr*

**Gizella  
ACKERMANN**

*sowie Familie  
WINKELBAUER  
wünschen allen Freunden,  
Verwandten und Bekannten  
SCHANA TOWA*

# „Back to the Fatherland“: Zukunft trotz Vergangenheit?

*Eine neue Filmdokumentation geht der Frage nach, warum junge Israelis in Deutschland und Österreich leben wollen.*



Warum ziehen immer mehr junge Israelis nach Österreich und Deutschland? Was erhoffen sie sich? Und was bedeutet das für ihre Herkunftsfamilien, insbesondere für ihre Großeltern, die die Shoa überlebt haben?

Der Dokumentarfilm „Back to the Fatherland“ von Kat Rohrer und Gil Levanon stellt genau diese Fragen. Über vier Jahre lang haben Recherche, Aufnahme und Schnitt dieser amerikanisch-deutsch-israelisch-österreichischen Gemeinschaftsproduktion gedauert.

In „Back to the Fatherland“ geht es um Juden, die zur Zeit des Holocaust aus ihrer Heimat Deutschland oder Österreich nach Israel geflüchtet sind und um deren Nachkommen, die aus Israel zurück nach Deutschland und Österreich ziehen, um sich dort eine Zukunft aufzubauen.

Gil Levanon und Kat Rohrer sind seit dem College befreundet. Als Gil Kat vorschlägt, nach Israel zu kommen, reagiert Kat zunächst skeptisch. Israel ist doch ein gefährliches Kriegsgebiet! Nach zunächst einer Reise, auf die weitere neun folgen sollten, offenbart sich für Kat ein ganz

anderes Israel, ein Israel, wie sie es sich nicht hätte vorstellen können.

„Back to the Fatherland“ zeigt aber auch, dass die dritte Generation in Israel eine sehr bestimmte Vorstellung von Österreich und Deutschland hat, und diese Länder als Hochburgen des Antisemitismus empfindet. Gils Schwester lebt in Deutschland. Als Gil ihrem Großvater berichtet, dass sie vor hat, auch nach Deutschland zu gehen (im Endeffekt landet sie in Österreich), ist er alles andere als begeistert.

„Back to the Fatherland“ zeigt anschaulich, dass in Israel ganz anders mit der Vergangenheit umgegangen wird, als in Österreich oder in Deutschland. Die Dokumentation befasst sich nicht nur mit den Nachkommen der geflohenen Juden, sondern beleuchtet auch die Seite der Nachkommen der Täter. Als Enkelin eines Nazi Offiziers, bietet Kat eine besondere Sichtweise, eine Sichtweise die oft übersehen wird.

Ziel von „Back to the Fatherland“ war es auch, diese beiden dritten Generationen zusammenzubringen und einen Dialog zu führen, um gemeinsam zu



überlegen, wie eine gemeinsame Zukunft aussehen könnte.

Besonders schwierig bei der Entstehung dieses Filmes gestaltete sich der Wettlauf gegen die Zeit. Da Gil und Kat viel mit Zeitzeugen gearbeitet haben, waren plötzliche Todesfälle aus Altersgründen leider nicht auszuschließen.

„Back to the Fatherland“ hat am 12. Oktober 2018 im Metro Kino Premiere. Am 16. September 2018 findet eine Vorpremiere des Films im Filmhauskino am Spittelberg statt.

Lea Schächter



# Wir stärken den Zusammenhalt.

Mit Schwung  
für Wien

Vielfalt, die das Leben in der Stadt in vielerlei Hinsicht bereichert, hat in Wien eine lange Tradition. Um auch in Zukunft einen sozialen Zusammenhalt zu sichern, fördert die Stadt den Austausch. Die Schaffung von „Bildungsgrätzl“ – also die Vernetzung von Bildungseinrichtungen in Stadtteilen – sowie Projekte in den Bezirken und die vielfältigen Angebote in den Gemeindebauten spielen dabei eine wesentliche Rolle, die Wohn- und Lebensqualität für Alt und Jung zu erhalten.

Infos unter [www.bildung.wien.at](http://www.bildung.wien.at) sowie [www.wohnen.wien.at](http://www.wohnen.wien.at)

## Erfolgreiche Saison nach durchwachsenem Start?

# Maccabi 2018/19: Grüßt jährlich das Murmeltier?

*Die Parallelen sind unverkennbar: Auch dieses Jahr fehlten gerade in der wichtigen Saisonvorbereitung einige Spieler- wie im letzten und in fast allen vorangegangenen Jahren.*

*... ein kurzer Rückblick auf die abgelaufene Saison*

In der letzten Spielzeit hatte das zur Folge, dass gleich die ersten drei Partien verloren gingen. Konnte man damals nach der Auftaktniederlage noch argumentieren, sich ja einem Meisterschaftsfavoriten geschlagen gegeben zu haben, machte sich bei den zwei Folge-Schlappen das Fehlen dieser Spieler in der Vorbereitungszeit äußerst unangenehm bemerkbar. Mit zunehmend eingespielter Mannschaft konnte sich die Maccabi jedoch knapp einstellig in die Winterpause verabschieden.

Dann allerdings kam es zu einigen Abgängen – nicht zuletzt ging der



Foto: Albert Stern

bisherige Kapitän von Bord – und so mussten einige Änderungen am Kader vorgenommen werden. Das Gefühl war nicht das allerbeste. Trotzdem konnte die Mannschaft die schmerzlichen Verluste kompensieren. Die Kapitänsbinde

ging an Severino Novikowsky, Trainer Sprecakovic passte das System an den neuralgischen Punkten an, und die Neuzugänge wurden sehr schnell und

**Fortsetzung auf Seite 10**

**FSG** Für  
Soziale  
Gerechtigkeit

Mehr denn je!

fsg.at

f /fsg.oegb

Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen



Fotos: Albert Stern

### Fortsetzung von Seite 9

gut in das Mannschaftsgefüge integriert. So startete man in eine gute Rückrunde und spielte letztendlich sogar um Platz drei mit, den man bloß um einen Punkt verfehlte. Der Beleg für diese starke Rückrunde waren 40 Punkte - nach der Hinrunde hatte man lediglich 15 ...

*... gute Leistungen auch im  
letztjährigen TOTO-Cup ...*

Auch im TOTO Cup konnte man überzeugen, erst in Runde fünf war gegen den Wiener Stadtliga Klub Wiener Viktoria (immerhin zwei Spielklassen höher) Endstation. Auf dem Weg dorthin konnten allerdings auch Kaliber aus der zweiten Landesliga und ein anderer Stadtligist aus dem Bewerb geworfen werden!

*... wenn nur das leidige Thema  
Urlaub nicht wär' ...*

Für diese Saison konnten die guten Zugänge aus der letztjährigen Transferzeit gehalten werden, auch die heurigen Neuen sollten der Mannschaft weiterhel-

fen. In der Vorbereitungsphase jedenfalls stimmten Arbeit und Trainingsfleiß. Wieder aber fehlten einige Spieler, die ihren Urlaub nur in dieser Zeit antreten konnten. Gelingt es trotzdem, die Mannschaft „auf den Punkt“ zu bekommen, könnte dann aber die diesjährige Auslosung von Vorteil sein – eine in der sich die Macca-bi von Saisonbeginn an Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen für höhere Aufgaben holen könnte. Spielt sich die Mannschaft

allerdings auch heuer wieder erst spät richtig ein, könnte es für die Optimisten im Mannschaftsumfeld schon recht früh ein böses Erwachen geben.

Die Favoriten um den Aufstieg sind ohnehin andere. Die heißesten sind wie in den letzten Jahren Columbia Floridsdorf und der ambitionierte Aufsteiger FC Mauerwerk 1b (die zweite, bzw. dritte Mannschaft des Regionalligisten). Kann man allerdings vom Start weg oben mitmischen, wer weiß ...

Albert Stern



Wo Menschlichkeit zu Hause ist.

## Das Maimonides-Zentrum Elternheim der IKG

und dessen Bewohnende und Mitarbeitende wünschen

### Schana Tova 5779

Möge es für alle unsere Freunde und Förderer ein schönes und friedvolles neues Jahr werden.

Für weitere Spenden, die uns die Umsetzung spezieller Leistungen zugunsten unserer Bewohnerinnen und Bewohner ermöglichen, sind wir Ihnen sehr verbunden.

Bankverbindung:

BIC: BAWAATWW \* IBAN: AT981400002010733807